

Antrag

der Abg. Klaus Burger u. a. CDU

und

Stellungnahme

**des Ministeriums für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz**

Für Ernährungszwecke belegte Fläche der Agrar- und Lebensmittelindustrie

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. inwiefern ihr bekannt ist, wie sich weltweit die Gesamtgröße der für Ernährungszwecke belegten Fläche in den letzten zehn Jahren entwickelt hat;
2. inwiefern ihr bekannt ist, wie sich die Gesamtgröße der Fläche, die die deutsche Agrar- und Lebensmittelindustrie für Ernährungszwecke im In- und Ausland beansprucht, in den letzten zehn Jahren jeweils verändert hat und ob es zutrifft, dass die deutsche Agrar- und Lebensmittelindustrie im Ausland mehr Land für Ernährungszwecke beansprucht als in Deutschland;
3. wie sie die Entwicklungen bei der für Ernährungszwecke belegten Fläche der Agrar- und Lebensmittelindustrie bewertet;
4. welche Ursachen nach ihrer Kenntnis gegebenenfalls dazu beitragen, dass die für Ernährungszwecke benötigte Fläche der deutschen Agrar- und Lebensmittelindustrie wächst und was sie gegebenenfalls dagegen unternimmt;
5. inwiefern ihr bekannt ist, welche auf Flächen im Ausland für Ernährungszwecke produzierten Erzeugnisse von der baden-württembergischen Agrar- und Lebensmittelindustrie vorwiegend nach Baden-Württemberg importiert werden;
6. wie sich in Baden-Württemberg die Gesamtgröße der zur Erzeugung von Bioenergie belegten Fläche in den letzten zehn Jahren entwickelt hat;

7. wie viel Fläche in den letzten zehn Jahren jeweils für den ökologischen Ausgleich „verbrauchter Fläche“ benötigt wurde;
8. wie viel landwirtschaftliche Nutzfläche in Deutschland jährlich für Straßen-, Gewerbe- und Wohnungsbau versiegelt wird;
9. inwiefern ihr bekannt ist, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang die EU-Agrarpolitik im Förderzeitraum 2014 bis 2020 weitere Flächenstilllegungen vorsieht.

24.09.2013

Burger, Locherer, Reuther, Rombach, Rück, Traub CDU

Begründung

Die für Ernährungszwecke belegte Fläche ist einem stetigen Veränderungsprozess unterworfen. Insbesondere die zunehmende Bioenergieproduktion bedingt eine zunehmende Flächenkonkurrenz. Dabei sind Nutzungskonkurrenzen sowohl für die inländische Flächennutzung als auch für die von der deutschen Agrar- und Lebensmittelindustrie im Ausland beanspruchten Flächen festzustellen. Darüber hinaus geht landwirtschaftliche Nutzfläche infolge der Ausdehnung von Siedlungs- und Verkehrsfläche kontinuierlich verloren. Die Landesregierung wird um eine Einschätzung gebeten.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 16. Oktober 2013 Nr. Z(27)-0141.5/289F nimmt das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. inwiefern ihr bekannt ist, wie sich weltweit die Gesamtgröße der für Ernährungszwecke belegten Fläche in den letzten zehn Jahren entwickelt hat;*

Zu 1.:

Nach Angaben der FAO belief sich die landwirtschaftliche Fläche im Jahr 2010 weltweit auf rund 4,9 Mrd. ha. Davon entfallen auf Wiesen und Weideland rund 3,5 Mrd. ha (70%) sowie auf Ackerland inkl. Dauerkulturen rund 1,4 Mrd. ha (30%). Das Ackerland unterteilt sich weiter in Flächen für den überwiegenden Anbau von Nahrungs- und Futtermitteln im Umfang von 1,29 Mrd. ha (27%), für den Anbau von Pflanzen für eine stoffliche Nutzung im Umfang von 100 Mio. ha (2%) und für den Anbau von Pflanzen für Biotreibstoffe im Umfang von rund 55 Mio. ha (1%).

In den letzten zehn Jahren hat sich die weltweite Agrarfläche nur wenig geändert. Während in den Industrieländern eine geringfügige Abnahme der Agrarfläche festzustellen war, kam es in den weniger industrialisierten Gebieten der Erde zu einer geringfügigen Ausdehnung der Agrarfläche. Die Gründe für die weitgehend unveränderte Größe der weltweiten Agrarfläche liegen in der fehlenden Infra-

struktur und in den teils zu hohen Kosten, welche die neue Erschließung von Agrarland mit sich bringt. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass gleichzeitig jedes Jahr rund 7 Mio. ha landwirtschaftlich genutzter Fläche aufgrund von Versiegelung, der Übersalzung des Bodens und durch Erosion unbrauchbar werden.

2. inwiefern ihr bekannt ist, wie sich die Gesamtgröße der Fläche, die die deutsche Agrar- und Lebensmittelindustrie für Ernährungszwecke im In- und Ausland beansprucht, in den letzten zehn Jahren jeweils verändert hat und ob es zutrifft, dass die deutsche Agrar- und Lebensmittelindustrie im Ausland mehr Land für Ernährungszwecke beansprucht als in Deutschland;

Zu 2.:

Die insgesamt für den Inlandsverbrauch von Ernährungsgütern benötigte Fläche betrug im Jahr 2010 gut 20 Mio. ha und hat damit im Vergleich zum Jahr 2000 um 5 % zugenommen. Sie übersteigt damit die im Inland für Ernährungszwecke belegte Fläche im Umfang von 14,7 Mio. ha um 5,5 Mio. ha bzw. 27 % (vgl. Tab. 1).

Deutschland belegt mit Importen von Agrarrohstoffen und Ernährungsgütern – zusätzlich zu den im Inland genutzten landwirtschaftlichen Flächen – auch landwirtschaftliche Flächen im Ausland. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg der betreffende Flächenumfang im Zeitraum 2000 bis 2010 um 38 % auf insgesamt 18,2 Mio. ha an. Gleichzeitig ist Deutschland aber auch ein bedeutender Exporteur von Ernährungsgütern, zu deren Herstellung Agrarrohstoffe aus dem In- und Ausland verwendet werden, die ebenfalls mit einer Flächenbelegung verbunden sind. Die Flächenbelegung für deutsche Ernährungsgüterexporte wurde im Zeitraum 2000 bis 2010 insgesamt um knapp 36 % auf 12,7 Mio. ha ausgedehnt.

Die Bilanz der Flächenbelegung für Ernährungszwecke zeigt, dass im Jahr 2010 von der für den Inlandsverbrauch von Ernährungsgütern benötigten Fläche rund 13,1 Mio. ha bzw. 65 % im Ausland lagen und nur knapp 7 Mio. ha bzw. 35 % auf landwirtschaftliche Flächen im Inland entfielen. Im Jahr 2000 lagen die entsprechenden Werte für die Flächen im Ausland bei 10,3 Mio. ha bzw. 54 % und für die Flächen im Inland bei noch 8,9 Mio. ha bzw. 46 %.

Tab. 1: Flächenbelegung im In- und Ausland für Ernährungszwecke

Kategorie	2000	2010	Veränderung
	in 1.000 ha		in %
Inland			
Landw. genutzte Fläche	17.067	16.832	-1,4
dv. für Ernährung	15.392	14.660	-4,8
Exporte	9.411	12.749	+35,5
dv. Flächen im Inland	6.515	7.676	+17,8
dv. aus Importen	2.896	5.072	+75,1
Importe	13.185	18.206	+38,1
Inlandsverbrauch	19.166	20.117	+5,0
dv. pflanzlichen Ursprungs	6.875	8.589	+24,9
dv. tierischen Ursprungs	12.290	11.527	-6,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Flächenbelegung von Ernährungsgütern, 2010

3. wie sie die Entwicklungen bei der für Ernährungszwecke belegten Fläche der Agrar- und Lebensmittelindustrie bewertet;

Zu 3.:

Die Entwicklungen bei der für Ernährungszwecke belegten Fläche zeigen, dass

- die Flächenbelegung für den Inlandsverbrauch insgesamt zugenommen hat, wobei die Flächen im Inland für den Inlandsverbrauch von Ernährungsgütern in den letzten zehn Jahren deutlich rückläufig waren (–21 %). Als Grund hierfür ist die im letzten Jahrzehnt zu beobachtende verstärkte Flächenbelegung im Inland für Energiepflanzen (+258 %) und die damit einhergehende rückläufige Flächenbelegung für Ernährungszwecke (–5 %) zusammen mit der stark erhöhten Exporttätigkeit (+18 %) zu nennen.
- die intensive Veredlungswirtschaft in Deutschland zu einer verstärkten Flächenbelegung im Ausland durch einen erhöhten Importbedarf an Futtermitteln (Getreide, Soja, Ölkuchen etc.) führt.
- die deutsche Agrar- und Lebensmittelwirtschaft stark exportorientiert ausgerichtet ist, wodurch die Flächenbelegung der Exporte deutlich zunahm.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Veränderung der Flächenbelegung für Ernährungszwecke stets ein Abbild der ökonomischen Vorteilhaftigkeit der Flächennutzung sowie der Art der Ernährung ist.

4. welche Ursachen nach ihrer Kenntnis gegebenenfalls dazu beitragen, dass die für Ernährungszwecke benötigte Fläche der deutschen Agrar- und Lebensmittelindustrie wächst und was sie gegebenenfalls dagegen unternimmt;

Zu 4.:

Nach Einschätzung der Landesregierung tragen vor allem folgende Ursachen zu einer Zunahme der für Ernährungszwecke benötigten Fläche bei:

- Höhere Nachfrage nach Nahrungsmitteln durch das weltweit hohe Bevölkerungswachstum;
- steigende Exporte der deutschen Agrar- und Lebensmittelwirtschaft, insbesondere im Bereich Fleisch- und Wurstwaren;
- Wandel der Ernährungsweisen: zunehmender Verbrauch von Genussmitteln wie Kaffee und Schokolade, fast food;
- steigende Nachfrage nach tierischen Eiweißen und Fetten erfordert höhere Flächenbelegung als eine Ernährung auf überwiegend pflanzlicher Basis.

Die genannten Ursachen machen deutlich, dass insbesondere die Art der Ernährung einen erheblichen Einfluss auf die gesamte für Ernährungszwecke benötigte Fläche hat. Die Landesregierung bemüht sich daher insbesondere im Bereich Ernährung durch verschiedene Initiativen und Programme (z. B. Ernährungszentren, BeKi) Grundlagen für eine ausgewogene Ernährungsweise in der Bevölkerung zu legen.

5. inwiefern ihr bekannt ist, welche auf Flächen im Ausland für Ernährungszwecke produzierten Erzeugnisse von der baden-württembergischen Agrar- und Lebensmittelindustrie vorwiegend nach Baden-Württemberg importiert werden;

Zu 5.:

Die mengenmäßig bedeutendsten Warengruppen der nach Baden-Württemberg importierten Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse sind Ölfrüchte, gefolgt von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs, Frischgemüse und Frischobst inkl. Südfrüchte (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Einfuhr Baden-Württembergs 2012 nach Warengruppen der Ernährungs-
wirtschaft

Warengruppe	in Mio. t	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	0,72	+1,0
dar. Milch und Milcherzeugnisse	0,23	+0,3
Käse	0,16	-1,3
Fleisch und Fleischwaren	0,14	-2,8
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	4,40	+3,0
dar. Ölfrüchte	0,75	+239,5
Gemüse, frisch	0,37	-5,5
Frischobst	0,33	-2,6
Weizen	0,29	-9,9
Südfrüchte	0,26	-1,7
Backwaren	0,25	+8,9
Genussmittel (u.a. Kaffee, Branntwein, Wein, Bier)	0,40	-7,4
Ernährungswirtschaft insgesamt	5,51	+0,1

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

6. wie sich in Baden-Württemberg die Gesamtgröße der zur Erzeugung von Bioenergie belegten Fläche in den letzten zehn Jahren entwickelt hat;

Zu 6.:

Der Landesregierung liegen nur teilweise belastbare Daten der zur Erzeugung von Bioenergie belegten landwirtschaftlichen Flächen in Baden-Württemberg vor.

Dies gilt insbesondere für den Energiepfad ‚Biokraftstoffe‘, da weder bei Raps noch bei Getreide und Zuckerrüben die Vermarktungswege der Rohstoffe hin zu den entsprechenden Verarbeitungsunternehmen nachvollzogen werden können.

Demgegenüber liegen seit wenigen Jahren von der Staatlichen Biogasberatung Schätzungen zur belegten Fläche für den Energiepfad ‚Strom und Wärme aus der Biogaserzeugung‘ vor (vgl. Tab. 3).

Tab. 3: Flächenbelegung für den Energiepfad ‚Strom und Wärme‘

	Ackerfläche insg.	Grünlandfläche
bezogen auf den Anlagenbestand im Oktober 2010 (installierte Gesamtleistung von ca. 193 MW)	rd. 64.000 ha	ca. 27.500 ha
bezogen auf den Anlagenbestand am 31. Dezember 2011 (installierte Gesamtleistung von ca. 256 MW)	rd. 78.000 ha	rd. 34.000 ha
bezogen auf den Anlagenbestand am 31. Dezember 2012 (installierte Gesamtleistung von ca. 272 MW)	rd. 80.000 ha	rd. 35.000 ha

Quelle: Staatliche Biogasberatung

Schließlich wird mit einem untergeordnetem Anteil der landwirtschaftlichen Fläche noch der Energiepfad ‚Wärme aus Festbrennstoffen‘ bedient (Miscanthus, Kurzumtriebsplantagen). Der hierfür belegte Flächenumfang ist in den letzten zehn Jahren langsam, aber stetig angestiegen. Er liegt derzeit aber nur bei rund 700 Hektar Ackerfläche.

7. wie viel Fläche in den letzten zehn Jahren jeweils für den ökologischen Ausgleich „verbrauchter Fläche“ benötigt wurde;

Zu 7.:

Wie in der Antwort zur Frage I.2. des Antrags vom 19. Juni 2013 „Natur- und landwirtschaftsdienender Ausgleich“ (DS 15/3652) ausgeführt, liegen landesweite Daten zur Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen für naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen nicht vor. Dies gilt auch für Ausgleichsflächen für Bauleitpläne. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die dauerhafte Unterhaltung von in der Agrarlandschaft liegenden Kompensationsmaßnahmen grundsätzlich im Rahmen der Landbewirtschaftung erfolgt und daher die mit Kompensationsmaßnahmen belegten Flächen zur landwirtschaftlichen Nutzfläche zählen.

8. wie viel landwirtschaftliche Nutzfläche in Deutschland jährlich für Straßen-, Gewerbe- und Wohnungsbau versiegelt wird;

Zu 8.:

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes beträgt der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsmaßnahmen in Deutschland derzeit 81 Hektar pro Tag bzw. knapp 30.000 Hektar pro Jahr. Damit liegt der Verbrauch immer noch weit über dem von der Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie gesetzten Ziel, diese Flächeninanspruchnahme auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren. Selbst in Regionen mit Bevölkerungsrückgang werden mehr Flächen neu versiegelt als entsiegelt.

9. inwiefern ihr bekannt ist, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang die EU-Agrarpolitik im Förderzeitraum 2014 bis 2020 weitere Flächenstilllegungen vorsieht.

Zu 9.:

Der vorliegende Entwurf für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährung von Direktzahlungen für die Förderperiode 2014 bis 2020 sieht ein obligatorisches sogenanntes „Greening“ vor. Bei den Anforderungen handelt es sich um verpflichtende Landbewirtschaftungsmethoden zum Schutz von Klima- und Umwelt. Diese sind: (1) Anbaudiversifizierung, (2) Erhalt von Dauergrünland und (3) die Erbringung von ökologischen Vorrangflächen (öVF).

Sofern die Ackerfläche des Betriebs mehr als 15 Hektar beträgt, sind öVF im Umfang von mindestens fünf Prozent seiner Ackerfläche bereitzustellen. Für deren Erbringung wählt zunächst der Mitgliedstaat verschiedene Elemente oder Maßnahmen aus einer Liste im EU-Basisrechtsakt aus. Dort ist u. a. als eine mögliche öVF-Maßnahme die Brache genannt. D. h. es können Ackerflächen aus der Produktion genommen werden, um die Greeningauflage öVF zu erfüllen.

Falls in Deutschland u. a. die Option „Brache“ angeboten werden wird, kann der Landwirt zur Erbringung seiner notwendigen öVF auf diese Maßnahme zurückgreifen – muss es aber nicht. Es bleibt dem einzelnen Landwirt vorbehalten, die Anforderung über andere angebotene Maßnahmen zu erfüllen.

Die Landesregierung hat sich im Rahmen der Verhandlungen dafür eingesetzt, dass öVF nicht ausschließlich Stilllegung bedeuten. So soll jetzt z. B. auch der Anbau von Stickstoff fixierenden Pflanzen zulässig sein.

Bund und Länder befinden sich derzeit im Diskussionsprozess über die nationale Ausgestaltung der GAP-Reform. Eine Entscheidung über die Optionen und Einzelmaßnahmen zu den öVF in Deutschland steht noch aus.

Bonde

Minister für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz